

Einordnung der Befunde und Handlungsperspektiven

Prof. Dr. Ullrich Bauer (Universität Bielefeld)

(Vertr.-) Prof. Dr. Marc Grimm (Bergische Universität Wuppertal)

Wissenschaftliche Leitung des Berliner Konflikt- und Gewaltbarometers

Die Befunde des Berliner Konflikt- und Gewaltbarometers bestätigen, was nationale und internationale Untersuchungen zu Konflikten und Gewalt im Kindes- und Jugendalter seit Längerem zeigen. Auffällig ist eine dauerhaft hohe Gewaltneigung, die Zunahme von intensiven Gewalttaten, aber auch von nicht-körperlicher Gewalt sowie die wachsende Bedeutung ideologisch aufgeladener Konfliktlagen.

Zu den auffälligen Befunden in Berliner Schulen gehört, dass dem Schultyp eine große Bedeutung zu kommt. Mehr Konflikt- und Gewalterfahrungen wird vor allem in Schulen berichtet, die nach der Schultypisierung strukturelle Belastungen und höhere Herausforderungen ihrer SchülerInnenklientel zu bewältigen haben. Hierzu gehören vor allem viele Integrierte Sekundarschulen (ohne Oberstufe) und Gemeinschaftsschulen. Die Erfahrungen der unterschiedlichen Altersgruppen ist inhomogen, zeigt aber auch bereits in den Grundschulen die Tendenz einer Zunahme von Konflikt- und Gewalterfahrungen. Auffällig ist zudem ein Muster, das sich quer durch die Ergebnisse zieht: Der gemeinsame Maßstab dafür, was als Gewalt gilt und was an einer Schule nicht hingenommen wird, erweist sich als uneinheitlich. In Teilen der Schülerschaft gilt als "normal", was der Sache nach Gewalt ist: Eine klare Mehrheit der älteren SchülerInnen empfindet etwa Anschreien als nicht weiter schlimm, und auch Lästern, Schubsen oder Auslachen werden überwiegend als harmlos eingestuft. Die pejorative Verwendung von "schwul" oder "Jude" wird nicht von allen SchülerInnengruppen gleichmäßig deutlich abgelehnt. Was nicht mehr als Gewalt erkannt wird, wird auch nicht als Problem behandelt.

Mit den Toleranzschwellen gehen auch die Maßstäbe der Bewertung von Konflikt- und Gewalterfahrungen auseinander, zwischen verschiedenen Gruppen von SchülerInnen ebenso wie zwischen SchülerInnen und pädagogischem Personal. Verhalten, das ein großer Teil der SchülerInnenschaft als grenzüberschreitend empfindet, wird an Schulen nicht durchgängig geahndet: Eine abwertende Bemerkung über das Aussehen einer Mitschülerin etwa werden mehr SchülerInnen als Lehrkräfte als Übergriff. Die Lücke zwischen Empfinden und Reaktionen scheint bedeutsam zu werden und begünstigt Eskalationen. Gleichzeitig sind Lehrkräfte nach ihrer Selbstauskunft zunehmender Gewalt und psychischen Belastungen ausgesetzt.

Befunde, die ein Unwohlsein im schulischen Setting, Unsicherheitserfahrungen oder die eigene Bewaffnung abbilden, sind ernst zu nehmen. Der damit verbundene Handlungsbedarf ist hoch. An Schulen, die nach eigener Auskunft weniger von Gewalt betroffen sind, gibt es häufiger klare Regeln, ihre konsequente Anwendung und ein Kollegium, das in der Umsetzung an einem Strang zieht und auf die Rückendeckung der

Schulleitung zählen kann. Diese Beobachtung markiert die Richtung möglicher Handlungsperspektiven.

Drei Handlungsbereiche treten dabei hervor:

- die Stärkung pädagogischer Handlungsfähigkeit sowie klarer, konsequent angewandter Regeln;
- die Förderung sozialer, emotionaler und medialer Kompetenzen
- der Schutz vor Diskriminierung und der Umgang mit Anpassungs- und Konformitätsdruck, der für einen Teil der SchülerInnen den Schulalltag prägt.

Das Berliner Konflikt- und Gewaltbarometer setzt eine Benchmark. Als deutschlandweit einzigartige Studie dieser Art bietet sie die Möglichkeit, ein umfassendes Monitoring zur Gewalt- und Konfliktentwicklung mit der Überprüfung der Wirksamkeit von Präventions- und Interventionsstrategien zu verbinden.